

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 4/2021, 23. April 2021

**Liebe Bürger*innen,**

endlich ist es so weit: am Dienstag wird das Europäische Parlament über das Brexit-Handelsabkommen abstimmen.

Nachdem es an Weihnachten doch noch zu einer kurzfristigen Einigung kam, haben wir den ausgehandelten Vertrag sehr gründlich geprüft. Für uns war immer klar, dass es hier keine Rosinenpickerei geben darf und dass das Vereinigte Königreich das Nordirland-Protokoll auch tatsächlich so erfüllt, wie es von Boris Johnson im Austrittsabkommen unterschrieben wurde.

Enttäuscht bin ich, dass das Vereinigte Königreich sich bei wichtigen Austauschprogrammen wie Erasmus+ gegen eine Teilnahme entschieden hat. Das ist eine herbe Enttäuschung für unsere Jugend. Dennoch bleiben die Europäische Union und Großbritannien in vielen Bereichen eng miteinander verbunden. Der Visumsfreie Urlaub ist weiterhin in Großbritannien möglich und beim Einkaufen profitieren Sie von klaren Regeln für den Verbraucherschutz. Ebenso konnten wir Europaabgeordnete verhindern, dass Großbritannien sein Umweltschutzniveau absenken kann. Denn einen Dumpingwettbewerb auf Kosten anderer darf es nicht geben. Stattdessen müssen wir nun als Partner gemeinsam versuchen die globalen Herausforderungen wie den Klimawandel oder die Versorgung von Entwicklungsländern mit Impfstoffen anzugehen.

Fast fünf Jahre nach der britischen Volksabstimmung ist es nun sicher, dass dies die letzte Abstimmung des Europäischen Parlaments zum Thema Brexit sein wird. Beschäftigen werden uns die Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich weiterhin, schließlich wollen wir möglichst enge Verbindungen zu unseren britischen Nachbarn.

*Dafür stehen wir in der Pflicht – bei den Bürger*innen Europas und des Vereinigten Königreichs, die weiterhin gerne in der Europäischen Union geblieben wären.*

Ihre

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- EU-Kommission schlägt Regeln für Künstliche Intelligenz vor

Seite 2

- Konferenz zur Zukunft Europas

Seite 3

- Nachhaltigkeitspflichten für Unternehmen
- Standard für nachhaltige Investitionen
- Termine

Seite 4

- Maskenspende an den Tafelladen Öhringen
- Aktuell im Europäischen Parlament
- Impressum

**EU-Kommission schlägt Regeln für Künstliche Intelligenz vor****Evelyne Gebhardt: „Vorschlag setzt an richtiger Stelle an, geht aber nicht weit genug“**

Die EU-Kommission hat am Mittwoch, 21. April einen Gesetzesvorschlag zum Umgang mit Künstlicher

Intelligenz vorgelegt. Dabei stehen KI-Technologien im Fokus, bei deren Anwendung Risiken beste-

hen können, etwa in Medizintechnik oder beim Einstellen von Arbeitskräften.



Künstliche Intelligenz erobert die ganze Gesellschaft. Algorithmen steuern intelligente Staubsauger, locken Verbraucherinnen und Verbraucher zum Onlinekauf, treffen Entscheidungen in einer Personalabteilung oder können zur Überwachung im öffentlichen Raum eingesetzt werden.

„Künstliche Intelligenz bietet großes Potenzial für die Gesellschaft, den Binnenmarkt, die Umwelt. Aber wir dürfen die andere Seite der Medaille nicht übersehen. Deshalb ist es richtig die Gesetzgebung in diesem Bereich voranzutreiben. Ein Schaden in einer KI-Software ist für die Verbraucher und Verbraucherinnen praktisch unsichtbar. Wir müssen dafür sorgen, dass die Technologien, nicht nur bevor sie auf den Markt kommen, sondern während

ihres gesamten Lebenszyklus, kontrolliert werden – und zwar von einem Menschen. Der Kommissionsvorschlag für eine KI-Verordnung setzt zwar an der richtigen Stelle an, geht aber nicht weit genug“, erklärt Evelyne Gebhardt, Verbraucherschutzsprecherin der SPD im Europäischen Parlament.

„Erfahrungsgemäß können Algorithmen diskriminierend wirken oder zur Überwachung eingesetzt werden. Das müssen wir ganz entschieden verhindern“, so Evelyne Gebhardt, SPD-Europaabgeordnete aus Schwäbisch Hall.

„Wenn eine Software mit verzerrten oder falschen Daten gefüttert wird, kann sie zu tendenziösen Entscheidungen führen. Diskriminierende oder gefährliche Technologien müs-

sen auf jeden Fall verboten werden. Nicht nur in ganz extremen Fällen von willkürlicher Überwachung oder sogenannten Sozialkredit-Systemen, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, sondern auch Systeme, die auf der kommerziellen Überwachung von Verbraucher und Verbraucherinnen und Verbraucher beruhen. Ich bin zuversichtlich, dass wir Abgeordnete im Europäischen Parlament den Vorschlag an den notwendigen Stellen ganz deutlich verbessern werden“, so Evelyne Gebhardt abschließend.

Nach diesem Vorschlag durch die EU-Kommission verhandeln in den kommenden Monaten Europaparlament, EU-Mitgliedstaaten und EU-Kommission über die neuen Vereinbarungen. ■

Einladung zur Konferenz zur Zukunft Europas

Diskussionsplattform ist online

Möglichst viele Bürger und Bürgerinnen sollen sich Gedanken über die EU machen und Reformideen entwickeln. Dafür ging am Montag, 19. April eine mehrsprachige Diskussions-Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas online, damit Menschen aus ganz Europa zur Konferenz beitragen können. S&D-Fraktion, Party of European Socialists und das Solidar-Netzwerk bieten zusätzlich ein neues mehrsprachiges Online-Forum an, das es ermöglicht, über alle Themen zur Zukunft Europas zu debattieren und sich mit S&D-Europaabgeordneten an zukünftigen Entscheidungen zu beteiligen. Gabriele Bischoff, Vizepräsidentin des Verfassungsausschusses im Europäischen Parlament und verfassungspolitische Sprecherin der SPD Europaabgeordneten:

„Wenn die Menschen in Europa und ihre Ideen mitgenommen werden, kann der Reformprozess für eine demokratischere und handlungsfähigere EU tatsächlich gelingen. Die mehrsprachige digitale Plattform zur Konferenz über die Zukunft Euro-

pas schafft einen gemeinsamen Raum der Kommunikation, der ein erster Schritt hin zu einer europäischen Öffentlichkeit sein kann. Sie ermöglicht Bürgern und Bürgerinnen, auch untereinander grenzüberschreitend ins Gespräch zu kommen. Diese Plattform ist eine Einladung zur direkten Beteiligung und Teilhabe an der Zukunft Europas. Wir interessieren uns für die Ideen und Vorschläge der Menschen und wollen die Zukunft Europas gemeinsam mit ihnen gestalten. Ich lade Jede und Jeden ausdrücklich ein, sich aktiv auf dieser Plattform einzubringen.

Gleichzeitig hat die S&D-Fraktion eine eigene digitale Plattform zur Konferenz über die Zukunft Europas eingerichtet. Dadurch haben wir einen eigenen Rahmen für den Austausch fortschrittlicher Ideen für die Zukunft Europas geschaffen und bieten einen zusätzlichen Raum für die gemeinsame Entwicklung von Konzepten. Wir wollen



diese Zukunftskonferenz nutzen, um Europa demokratischer und sozial gerechter zu gestalten. Diese Plattform ist eine Einladung an alle Interessierte, daran aktiv mitzuwirken.“

Feierlicher Auftakt der Zukunftskonferenz soll der Europatag am 9. Mai 2021 sein. Die Konferenz soll bis 2022 Reformen der Europäischen Union auf den Weg bringen. ■

Online-Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas:

<https://futureu.europa.eu/>

Online-Plattform der S&D-Fraktion:
www.socialistsanddemocrats.eu/futureofeurope



Tiemo Wölken: „Schluss mit Greenwashing“

Nachhaltigkeitspflichten für Unternehmen

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, 21. April 2021, einen Vorschlag für eine Richtlinie über Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen vorgelegt. Dazu erklärte Tiemo Wölken, rechtspolitischer Sprecher der S&D-Fraktion:

„Moderne Unternehmensmodelle sind von kurzfristigen Anlegerinteressen angetrieben. Das Credo 'Mehr ist Mehr' hat uns in multiple ökologische und soziale Krisen geführt. Der Fokus von Unternehmensführung muss sich stärker auf das Wohl der gesamten Gesellschaft richten. Eine Planung von langfristigen Auswirkungen ist auch aus unternehmerischer Sicht sinnvoll. Vorstände müssen transparent über ihre Nachhaltigkeitsbestrebungen berichten und Rechenschaft darüber ablegen, ob sie diese Ziele erreichen. Die Europäische Kommission stärkt und vereinheitlicht in ihrem Vorschlag diese Berichtspflichten.“

Die bisherige Regelung war dafür ungenügend: Eine Untersuchung der Beratungsagentur Frank Bold zeigt, dass EU-weit nur jedes siebte Unternehmen über ein wissen-

schaftsbasiertes Klimaziel berichtet. Nur jedes fünfte Unternehmen berichtet, wie es seine menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten wahrnimmt. Wir wollen, dass Unternehmen sich nicht nur zur Einhaltung des 1,5°-Ziels bekennen, sondern mit konkreten Schritten auch dafür sorgen, dass sie das Paris-Abkommen einhalten, und das Erreichen dieser Ziele kontrollieren. In Zeiten des Klimanotfalls muss Schluss sein mit Greenwashing.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission fällt in einigen Punkten leider hinter den Beschluss des Europäischen Parlaments vom Dezember 2020 zurück. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Berichterstattung direkt für alle in Risikobereichen tätigen Unternehmen verpflichtend wird, und nicht erst 2026 für kleine und mittelgroße Unternehmen. Außerdem sollten bei der Ausarbeitung der Strategien und Berichterstattung Betriebsräte und Gewerkschaften stärker beteiligt werden. Sie können Motoren von nachhaltigen Unternehmensveränderungen sein.“ ■

Atomenergie ist keine Zukunftstechnologie

EU-Standard für nachhaltige Investitionen

Die Europäische Union plant den weltweit ersten Standard für nachhaltige Finanzprodukte. Im Juni 2020 beschlossen das Europäische Parlament und der Europäische Rat die sogenannte Taxonomie. Am Mittwoch, 21. April stellte die EU-Kommission die entsprechenden Umsetzungsvorschriften vor. Nach dem einheitlichen Klassifizierungssystem werden Kriterien festgelegt, um festzustellen, ob eine wirtschaftliche Tätigkeit umweltverträglich ist und auch als solche ausgezeichnet werden kann.

Dazu erklärte Dr. Joachim Schuster, wirtschaftspolitischer Sprecher der

SPD-Europaabgeordneten: „Die Europäische Kommission hat in zentralen Fragen wieder einmal dem Druck des Europäischen Rates nachgegeben. Gas und Atomenergie aus dem Entwurf zur Taxonomie rauszunehmen ist keine Lösung, sondern nur die Verschiebung des Problems. Kernenergie ist keine grüne Technologie, auch wenn einige Mitgliedstaaten dies nicht wahrhaben wollen. Die sichere Lagerung von Atommüll ist nicht gelöst; die Unfälle in Tschernobyl oder Fukushima haben die verheerenden Umweltgefahren von Atomenergie für alle sichtbar offenbart.“

TERMINE

- **24. April 2021, 10.30 Uhr**
Bundesausschuss der Europa-Union Deutschland e.V.
Ort: per Onlinekonferenz
- **26. April 2021, 13.30 Uhr**
SPD-SprecherInnenkonferenz für Justiz und Verbraucherschutz
Ort: per Onlinekonferenz
- **26. April-29. April 2021**
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
Ort: Brüssel
Tagesordnung und Livestream abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/home.html>
- **6. Mai 2021, 17.30 Uhr**
Instagram live mit Prof. Dr. Helga Rübnsamen-Schaeff
Zugang über: www.instagram.com/evelynegebhardtme
- **8. Mai 2021, 10.00 Uhr**
SPD-Landesparteitag mit Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl
- **9. Mai 2021, 11.00 Uhr**
Digitaler SPD-Bundesparteitag mit Verabschiedung des Wahlprogramms
- **10. Mai 2021, 16.45 Uhr**
Sitzung des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments
Ort: Brüssel (per Fernteilnahme)



Gas ist ebenfalls nicht klimaneutral. Investitionen in die Gasnutzung können nur dann als grün angesehen werden, wenn Gas von Unternehmen nachweislich als Übergangstechnologie eingesetzt wird und nur so lange noch nicht ausreichend klimaneutrale Alternativen zur Verfügung stehen. Bis 2050 muss Gas vollständig ersetzt werden. Der einfache Ersatz von Kohle durch Gas in der Stromerzeugung kann deshalb nicht als grüne Investition gewertet werden. Es ist ein schädliches Signal, dass die Kommission die Auseinandersetzungen um diese klimapolitisch wichtigen Fragen auf den Herbst vertagt hat.“

Constanze Krehl, regionalpolitische Sprecherin der S&D und stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss: „Dieser Umsetzungsentwurf umfasst Kriterien für Bioenergie und Forstwirtschaft. Für diese Bereiche lockert die Taxonomie-Verordnung die nachhaltigen Standards, obwohl der Einsatz von Pestiziden oder die Zerstörung von CO₂ speichernden Böden keinesfalls als nachhaltig klassifiziert werden kann. Hier ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Im Juni diesen Jahres steht die Reform der Erneuerbaren Ener-

gien Richtlinie an, die sich auch mit Bioenergie auseinandersetzt. Die Kommission hat zugesagt, die Kriterien dann zu aktualisieren. Dann



müssen wir sicherstellen, dass diese den neuesten wissenschaftlichen Standards entsprechen und die klimapolitischen Anforderungen der EU erfüllen. Die Europäische Kommission bremst ihr eigenes Prestige-Projekt, den Green Deal, sonst selbst aus.“

Die Taxonomie-Verordnung ist seit 12. Juli 2020 bereits in Kraft. Die Kommission macht nun durch dieses erste Paket von Durchführungsbestimmungen die Implementierung möglich. ■

Maskenspende an den Tafelladen Öhringen

Unter dem Motto „Positiv denken. Negativ bleiben“, spenden die SPD-Europaabgeordneten derzeit in ihren Heimatregionen FFP2-Masken.

Evelyne Gebhardt entschied sich dafür ihr Kontingent auf verschiedene Einrichtungen aufzuteilen. Den Auftakt machte der Tafelladen Öhringen. Dort übergab sie zusammen mit dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und Stadtrat Patrick Wegener ein Paket an die Leiterin Susanne Münster. ■

AKTUELL IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (26.4.-29.04.2021) findet in Brüssel statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die folgenden Themen:

- Abstimmung des Abkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich
- Russland: Debatte über aktuelle Entwicklungen mit Josep Borrell
- EU-Gipfel und Türkei-Besuch: Debatte mit Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Michel
- Fahrgastrechte von Bahnreisenden

Weitere Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/agendas.html>

Sie möchten wissen, wie Evelyne Gebhardt zuletzt im Parlament abgestimmt hat? Hier eine Übersicht:

<http://www.evelyne-gebhardt.eu/de/im-parlament/wie-ich-abgestimmt-habe.html>



Parlamentsgebäude in Brüssel. Foto: © Europäisches Parlament

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Fabian Rothfuss

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144
info@evelyne-gebhardt.eu

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
evelyne.gebhardt@ep.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union